

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tagesblatt Rieser
Gemein Nr. 20.
Wochblatt Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grodenbohn, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißner behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfachamt
Dresden 1533.
Gizolaffen
Rieser Nr. 22

Nr. 299.

Freitag, 27. Dezember 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Tagesblattes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 6 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennig, je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Kusslag, feste Tarife. Demjenigen Rabatt achtzig, wenn der Betrag vorläufig durch Abgabe der Druckaufträge in Anspruch genommen wird. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Künftige Unterhaltungsbeiträge sind im Voraus zu zahlen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Reklamationsdruck und Verlag: Danget & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Grottenstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Nach den Festtagen.

Die Werktage nach den hohen Feiertagen stehen zwar noch etwas im Abglanz des Festes, aber darum liegen sie doch schon wieder schwerer auf der Seele. Es ist schön und ergötzt, hin und wieder einmal aus dem Einerlei der Arbeit herausgerissen und hin und wieder auch einmal mit seinen Gedanken auf höhere Höhen mit weiterem Ausblick auf das Leben erhoben zu werden. Hoffen wir, daß von solchen weiteren Ausblicken die Nachwirkung bleibt, und so doch auch die Alltagsarbeit ihren Gewinn davon hat. Man hat sich wieder einmal auf den Zweck alles emstigen Tuns besonnen, und die Arbeit, deren Sinn man versteht, geht immerhin besser vonstatten. Eine Zeitlang werden noch auf dem Weihnachtsstisch die Gaben liegen, eine Zeitlang wird noch die besondere Freude dauern, die man an ihnen gehabt hat. Dann gehen auch sie in den Alltagsgebrauch mit über und werden rasch gewohnter Besitz sein, wie vieles andere. Aber sie haben doch unser Leben bereichert, manche von ihnen bedeuten dauernde Erleichterung, so wie die aus der Feststimmung gewonnene neue Kraft bleibenden erhöhten Schwung für unser Dasein bedeutet. Gerade weil die Zeiten, in denen wir leben, schwierig sind, ist hin und wieder ein derartiger besonderer Anreiz recht nötig.

Man möchte auch der Politik etwas weihnachtliche Bereicherung und heilige Höhenstimme wünschen. Aber da geht's mit der Erfüllung solcher Wünsche schwieriger als im Einzelleben. Da ist der Druck der widerwärtigen Tatsachen so hart, daß eher das Weihnachtsfest auf die Alltagsstimmung heruntergedrückt, als auch nur ein einziger Alltags zur Höhe der Weihnachtsstimmung emporgelassen würde. Auch vor dem Kriege war das Weihnachtsfest nicht für alle in gleicher Weise ein glückliches Fest des Scheitens und Besenkens; auch da gab es schon manch herbe Kritik an dem hohen Sinn des christlichen Festes aus den widersprechenden Erfahrungen des sozialen Lebens heraus. Der Widerspruch ist in der Nachkriegszeit noch um soviel schlimmer geworden. In den sozialen Gegensätzen sind die internationalen verständnisvoll hinzugekommen, und die Menschlichkeit scheint von der Erfüllung des christlichen Ideals der Nächstenliebe sich eher weiter zu entfernen, als ihm näherzukommen. Wer unter dem strahlenden Lichterbaum ein glückliches Fest feierte, der konnte für Augenblicke diese harten Tage aus dem Gesicht der Gegenwart hinwegdenken. Aber wie viele haben keinen Lichterbaum gehabt? Wie viele haben mit bedrücktem Herzen unter ihm gestanden? Je mehr der Festglanz verdimmert, um so deutlicher treten die störenden Umrisse des Gegenwartsbildes wieder hervor. Aber was hilft es, mit Sehnen an die schönen Tage, die hinter uns liegen, zurückzudenken und sich mit inermügender Verbissenheit wieder in den Alltag hineinzustürzen? Man darf doch schließlich den Zusammenhang alles Menschlichen nicht so sinnlos zerreißen lassen. Empfinden wir den Widerspruch zwischen gestern und heute, zwischen Fest und Alltag so bitter, so doch mindestens teilweise auch aus unserem Gewissen heraus, das uns diesen Widerspruch als eine zu lösende Aufgabe zeigt. Im Kreise der Familie hat das Weihnachtsfest die Aufgabe zu lösen gesucht; hat Brücken gebaut und hat Fäden der Liebe und des Mitleidens um einen Kreis von Menschen geschlungen, die sonst wohl auch das Treiben des Alltags oft weit genug auseinanderführte. Die soziale Aufgabe, die Angehörigen eines ganzen Volkes, oder gar alles, was Menschenantlitz trägt, in einen solchen Kreis gemeinsamen Fühlens und gegenseitigen guten Willens einzuspinnen, ist schwerer zu lösen. Aber zuletzt geht es doch um nichts Geringeres, auch nicht auf dem so dornigen Gebiete der Politik, wenn hier Forderungen der sozialen Gerechtigkeit, Forderungen der Völkerentwicklung erhoben werden. Es ist gewiss nicht immer leicht, unter dem Eindruck der politischen Alltagsmühen, den Zusammenhang mit diesen höchsten Menschheitsidealen im Auge zu behalten. Aber geschehen muß es doch, denn sonst hätte das letzte Ende die ganze Politik so wenig Sinn, wie alle andere menschliche Tun ohne höhere Gesichtspunkte. Nehmen wir also vom Weihnachtsfest selbst in den wieder begonnene politischen Alltag hinein etwas von Achtung und höheren Hoffnungen mit.

Sindenburg feierte in der Familie.

Abd. Berlin. Reichspräsident von Sindenburg beging die Weihnachtsfeier in seinem Berliner Palais. Am festlichen Abend hatten sich mehrere seiner Verwandten eingefunden. Für den ersten Feiertag waren einige dem Reichspräsidenten nahestehende Freunde eingeladen worden.

Gasparri erwidert den italienischen Stützenbesuch.

Rom, 26. Dezember. Staatssekretär Kardinal Gasparri erwiderte den Besuch, den die italienischen Stützenbesuche in Vatikan abgelehnt hatten, im Quirinal. Im Verlauf der Audienz am Vormittag überreichte der Herzog von Savoia dem Papst ein kostbares Kreuz aus dem Goldschmelzwerk des 18. Jahrhunderts. Das Kunstwerk steht in Verhöhnung eines goldenen Altars mit kostbaren Steinen dar; zwei Miniaturen zeigen Darstellungen aus dem Leben Christi. Der Papst überreichte der Herzogin von Savoia einen kostbaren goldenen Rosenkranz und jedem der Fürsten eine Jubiläumskarte.

Der Youngplan vor der französischen Kammer.

Seiertagsführung.

Paris, 26. Dezember.

Die Aussprache über den Haushalt des Außenministeriums, die am Montag in der französischen Kammer mit einer Debatte über den Youngplan gegen Deutschland begann, wurde am Heiligen Abend vormittags und nachmittags fortgesetzt und sogar am 2. Weihnachtstag frühmorgens wieder aufgenommen. Die Sitzung wurde nur durch eine kurze Mittagspause unterbrochen und wurde erst in der 3. Stunde am Freitag vormittags vertagt. Die lange Debatte brachte eine umfassende Erörterung der verschiedensten Probleme. Der Sozialist Brande wandte sich gegen schrittweise und monarchistische Organisationen in Zentral- und Ost-Europa, zu denen er die österreichischen Sozialisten und den deutschen Stahlhelm zählte, und in denen er eine Gefahr für den Frieden Europas erblickte. Interessant war seine Warnung an Polen, wenn er sagte, Frankreich würde gut daran tun, Polen kluge Ratschläge zu geben und die Warschauer Regierung auf das Wesentliche ihrer Politik aufmerksam zu machen.

Der Redner der Radikalen Linken, De Jelis, kam zu dem Schluß, daß Frankreich gegenwärtig die reichste und mächtigste Nation Europas sei. Die Haager Verhandlungen hätten durchaus nicht mit Enttäuschungen, sondern mit für Frankreich glücklichen Transaktionen geendet. Die Räumung sei um so ungefährlicher, als sie zu dem Locarno-Pakt eine neue Garantie hinzugefügt, nämlich die Feststellungs- und Befehlungs-Kommission.

Darauf ergriff der Führer der Gruppe Magnot, Reynaud, das Wort zu einer bemerkenswerten Rede, in der er sich vor allem mit der Sicherheit Frankreichs beschäftigte. Die Befestigung des Rheinlandes sei, was schon Rathenau schon erklärt habe, vom militärischen Standpunkt aus für die Sicherheit Frankreichs wertlos. Auch die Abrüstung Deutschlands und die Verbündeten Frankreichs erschienen dem Redner nicht als ausreichende Sicherheitsgarantien.

Man müsse vielmehr die Grenzen internationalisieren, unter ähnlichen Garantien, wie sie England bereits hinsichtlich des Rheinlandes übernommen habe. Man müsse in dieser Beziehung die Locarno-Abkommen vervollständigen. Dazu müsse man mit Deutschland verhandeln. Man müsse von Deutschland verlangen, daß es auf einen Revanchekrieg zur Wiederherstellung der früheren Lage verzichte. Es bedürfe auch kein Widerspruch zwischen der deutsch-französischen Annäherungspolitik und der Unterstützungspolitik gegenüber den Verbündeten Frankreichs. Zum Schluß sprach sich der Redner für folgende politische Richtlinien aus: Leihfähige Armee, besetzte Grenzen, fortgesetzte Appelle an die öffentliche Meinung der Welt, vor allem aber eine weitgehende deutsch-französische Annäherungspolitik, die ebenso im nationalen Interesse Frankreichs als auch Deutschlands liege.

Der Abgeordnete Mandel ritt in der kalten, ironischen Art, wegen der er in parlamentarischen Kreisen gefürchtet ist, eine scharfe Attacke gegen Briand's Außenpolitik, dem er vorwarf, daß er von Konferenz zu Konferenz die Rechte und Interessen Frankreichs immer mehr verstimmt und geopfert habe.

Herriot

Beschäftigte sich mit der Frage eines europäischen Staatenbundes und stimmte diesem von Briand in Genf entwickelten Gedanken zu. Frankreich wolle, so fährt der Redner aus, auch der kleinste Nation die gleichen Rechte zugestehen, wie sie große Nationen haben sollen. Europa müsse sich organisieren, wenn es nicht kolonialisiert werden solle und nicht Schicksal durch andere wirtschaftliche Kräfte erleiden wolle. Die Möglichkeit einer Wirtschaftsunion Europas könne nicht in Zweifel gezogen werden. England habe sich dem Gedanken zuerst entgegengelehnt, aber bald begriffen, daß es sich ihm anschließen müsse. Er wünsche, daß Frankreich bald in Genf einen vollkommenen Plan für den europäischen Staatenbund einbringe. Auch der Völkerbund könne in keiner Weise die neue Organisation fürchten.

Eine moralische Beurteilung des Krieges allein könne nicht genügen; man brauche eine Organisation, die über die notwendigen Macht verfüge.

Nächster Redner ist der

Abgeordnete Louis Dubois,

der ehemalige Delegierte Frankreichs in der Reparationskommission, der den Youngplan bekämpft. Der seine Rede beherrschende Gedanke ist, daß man von Ermäßigung zu Ermäßigung geschritten sei. Nach seiner Ansicht hat Deutschland eine Reduktion seiner Reparationsverpflichtung um zwei Drittel erlangt; außerdem könne es von einem Teil seiner Zahlungen für die letzten 10 Jahre befreit werden. Die Befestigung der politischen und finanziellen Kontrolle bedeute für Deutschland einen weiteren Vorteil, von der vollkommenen Räumung des Rheinlandes überhaupt nicht zu sprechen.

Ministerpräsident Tardieu erklärt, die Behauptung, daß mit der Räumung der dritten Rheinlandzone begonnen worden sei, für unrichtig. Der Abg. Dubois widerspricht, worauf Tardieu nochmals verneint. Briand sagt, in der dritten Rheinlandzone habe genau dieselbe Anzahl Soldaten wie vor der Räumung der zweiten Rheinlandzone.

Louis Marin erwidert, diese Behauptung werde einer Nachprüfung nicht standhalten.

Der Abg. Dubois beschäftigt sich dann mit der Räumung der deutschen Schuld und erklärt, daß für sie keinerlei Garantie vorhanden sei, da ja die internationale Zahlungsbank allein zu entscheiden habe, zu welcher Zeit sie von Deutschland die Rücklieferung von Obligationen fordern könne. Ministerpräsident Tardieu sagt, er könne nicht zulassen, daß vor dem Beginn zweier wichtiger internationaler Konferenzen derartige falsche Behauptungen aufgestellt würden. Der Abg. Dubois schließt, indem er erklärt: Wenn wir von Deutschland nicht bezahlt werden und wenn es der Bank nicht die notwendigen Summen übermitteln, bleiben wir verantwortlich, und es kann in keiner Weise davon die Rede sein, daß unsere Schulden automatisch bezahlt werden. Weder England noch die Vereinigten Staaten hätten nach dieser Richtung irgendeine Verantwortung übernommen, und was noch früher sei, Deutschland könne sich berechnen lassen, zu erklären, daß es die Kriegsschulden Frankreichs bezahle.

Nach weiteren Rednern betrug

Außenminister Briand

die Rednertribüne. Er führte u. a. aus, als er begonnen habe, den Frieden zu organisieren, habe er nicht geglaubt, daß das einen Krieg gegen ihn persönlich hervorgerufen würde. Parlamentarisch gesprochen, müsse er erklären, daß, wenn man seine Politik für gefährlich halte, man den Mann befehlen müsse, der sie betreibe.

Er sei solidarisch mit Polens Gewissen, wie er solidarisch mit Tardieu sei. Der schwerste Vorwurf, den man ihm mache, sei, daß er Verzichtspolitik betreibe. Seine Gegner begreifen jedoch den Fehler, ihm Verzicht anzuschreiben, die durch andere Minister gebilligt worden seien. Er sei nicht dafür verantwortlich, daß man die Kriegsschuldigen nicht habe ausliefern lassen, er sei auch nicht verantwortlich für gewisse Änderungen militärischer Klauseln des Friedensvertrages. Die Hauptkritik seiner Gegner habe sich in den letzten Tagen gegen Locarno gerichtet. Man habe ihn gefragt: Was haben Sie mit Polen gemacht?

Das zum letzten Augenblick habe er für die Sicherheit Polens gekämpft und wiederhole die Behauptung, daß die feierliche Erklärung Deutschlands, eine Verichtigung der Grenzen nicht durch Militärgewalt herbeizuführen, ein Erfolg sei. (Starker Beifall, der von der Rängegruppe bis zu den Sozialisten geht.) Man habe gesagt, Locarno sei keine französische Idee, sondern eine deutsche. Er behaupte, daß der Reim zu Locarno von ihm 1922 in Cannes gelegt worden sei. Damals habe er keinen Erfolg gehabt, wäre aber bei gesungen, was man um jene Zeit nicht habe durchführen können. In Cannes habe er England gesagt: Durch Garantierung der Rheingrenze verteidigt ihr nicht eine französische Grenze, sondern die eigene. Für Deutschland habe der Versailler Vertrag die Bedeutung eines durch Gewalt ausgezwungenen Vertrages gehabt. Er selbst habe sogar vor Abschluß der Locarno-Abkommen im Eilvernehmen mit den Alliierten die Politik des Zwanges handhaben müssen. Er habe Preis Siegespolitik getrieben und gezeigt, daß Frankreichs Gesicht das eines Landes sei, das im großen Kriege gewonnen habe. Die Psychologie Frankreichs dürfe nicht durch Mißtrauen und Schüchternheit ausbröckeln. (Beifall.) In Deutschland habe sich unter dem Regime der Zwangspolitik der Haager entwickelt. Damals habe die französische Politik nach einer Verständigungsmöglichkeit mit Deutschland gesucht. Der Dawesplan habe diese Annäherung zu erleichtern versucht. Polen, die Tschekoslowakei und Südfrankreich hätten die Abkommen von Locarno und von London mit unterzeichnet. Der polnische Außenminister habe deutlich erklärt, daß Polen niemals der Annäherung Deutschlands und Frankreichs Hindernisse bereiten werde, sondern daß im Gegenteil die Sicherheit Polens durch derartige Abkommen gesteigert würde. In Polen lasse man den Demütigungen Frankreichs um Garantierung der Sicherheit seiner Grenzen Gerechtigkeit widerfahren. Briand erinnert daran, daß er dazu beigetragen habe, die großen Schwierigkeiten der Weltabstimmung in Oberschlesien zu beheben. Auf Grund der damals getroffenen Regelung gebe es nicht einen einzigen Polen, der nicht die Demütigungen Frankreichs anerkennt.

Ueber die Anschlussfrage habe er mit dem Reichszentral Müller eine längere Unterredung in Genf gehabt und den Kaiser auf die Gefahr des Anschlusses Österreichs hingewiesen. Im übrigen sei er nicht der Erfinder des Anschlussgedankens. Man brauche nur den Friedensvertrag nachzulesen, um festzustellen, daß auch der Vertrag unter gewissen Bedingungen den Anschluss gestatte. Briand sprach ausführlich über den ständig wachsenden Wunsch der Völker nach Frieden und bekannte sich zu dem Spruch: Si vis pacem, para pacem (Wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor).

Zum Schluß kam er auf die Räumungsfrage zu sprechen. Der Artikel 431 des Friedensvertrages bestimme, daß, wenn Deutschland seinen guten Willen nachgewiesen hätte, der Termin der Räumung vorbereitet werden könne. Er habe sich bei seinem Vorgehen nur an die Bestimmungen des Vertrages gehalten. Briand schloß mit der Aufforderung an die Kammer, wenn sie seine Politik nicht anerkennen wolle, ihn abanderufen.